

Medienmitteilung der Stadt Frauenfeld vom 6. Oktober 2010

Entscheid für Umfahrung von Frauenfeld

Der Stadtrat will das Stadtzentrum durch eine grösstenteils unterirdische Verkehrsverbindung zwischen Messenriet und dem Espi entlasten und hat die ungefähre Linienführung im Entwurf des Verkehrsrichtplans eingetragen. Der Regierungsrat hat der Stadt seine Zustimmung gegeben und Unterstützung signalisiert. Die Bevölkerung kann sich beim Bekanntmachungsverfahren zum Siedlungs- und Verkehrsrichtplan zu diesem Vorschlag äussern.

svf. Der Verkehr in der Frauenfelder Innenstadt beeinträchtigt die Qualität des Zentrums für die Bevölkerung, die dort arbeitet, wohnt und in der Freizeit einen Ort der Begegnung sucht. Zusätzlich ärgern sich viele Automobilisten über die Staus in Spitzenzeiten, die auch den Stadtbus-Fahrplan stark beeinträchtigen. „Wir wollen weniger Autos und mehr Leben in der Innenstadt“, bringt es Stadtrat Urs Müller auf den Punkt. Aufgrund von detaillierten und umfassenden Analysen hat die Exekutive die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten einer Entlastungsstrasse in sachlicher und in politischer Hinsicht diskutiert. Die Ziele einer neuen Entlastungsstrasse sind vielfältig. So soll der Durchgangsverkehr aus der Stadt verlagert, möglichst das gesamte Siedlungsgebiet von Verkehr entlastet, die Aufenthaltsqualität insbesondere in der Innenstadt erhöht und der Langsamverkehr sowie der öffentliche Verkehr attraktiver gemacht werden. Die neue Lösung soll zudem bezüglich Kapazitäten langfristige Perspektiven erfüllen.

Über 20 Varianten erarbeitet

Der Weg zur Bestvariante war ein aufwändiger Prozess. Neben den fachlichen Abklärungen und Beurteilungen der über 20 Varianten wurde die Bevölkerung zu drei Workshops eingeladen. Zuerst wurden möglichst viele Ideen von Linienführungen gesammelt, die anschliessend fachlich geprüft und bewertet wurden. Danach folgte eine erste Selektion. Am zweiten Workshop gaben die Teilnehmenden ihre Stellungnahmen zu den präsentierten Varianten ab. Schliesslich folgte eine weitere Reduktion auf drei Varianten: Eine kleinräumige, zentrumsnahe Umfahrung, eine grossräumige Zentrumsumfahrung sowie eine Verbindung der Autobahnen A1 und A7.

Stadtrat geschlossen hinter dem Vorschlag

Der Stadtrat stand vor der schwierigen Entscheidung, aus den drei Varianten die beste zu bestimmen. Neben den verkehrsplanerischen Argumenten hatte er dabei auch die politische und die finanzielle Machbarkeit zu berücksichtigen. Stadttammann Carlo Parolari: „Alle Mitglieder des Stadtrates waren sich der Bedeutung des Entscheids bewusst und haben sich intensiv damit auseinander gesetzt, jene Variante zu wählen, die die Entlastung des Zentrums langfristig sichert und gleichzeitig für möglichst wenig Frauenfelderinnen und Frauenfelder einen Nachteil bringt. Ich freue mich, dass der Stadtrat geschlossen hinter dem Entscheid

steht.“ Die Anwesenheit des Gesamtstadtrats bei der Präsentation des Vorschlags am Mittwoch unterstrich denn auch die Unterstützung und gleichzeitig die Bedeutung, die dem Projekt seitens der Stadtregierung beigemessen wird.

Regierungsrat unterstützt Varianten-Entscheid

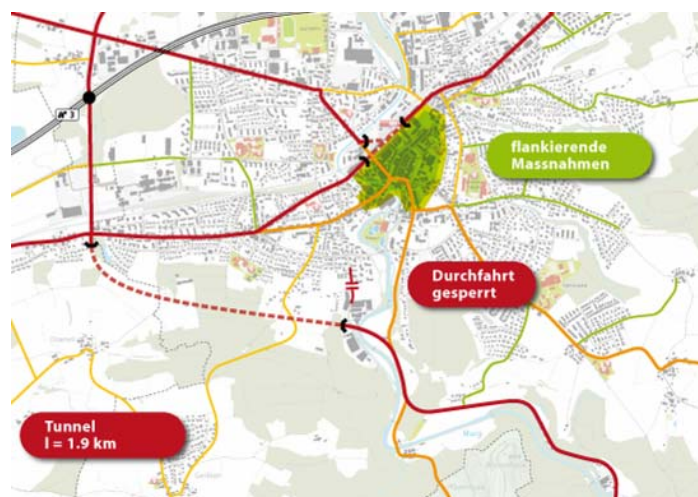
Rupert Wimmer vom Verkehrsplanungsbüro Metron hat die Stadt während des gesamten Prozesses beraten: „Ich bin beeindruckt, wie sich der Stadtrat mit dieser schwierigen und wichtigen Frage auseinandergesetzt hat.“ Damit vor der öffentlichen Auflage eine möglichst weitgehende Abstützung des Entscheides vorliegt, hat der Stadtrat den Regierungsrat um eine Stellungnahme gebeten. In seinem Schreiben vom 7. September 2010 zeigt sich dieser nun erfreut über den gewählten Prozess und begrüsst die Umsetzung der im kantonalen Richtplan enthaltenen Vorhaben. Auch zur gewählten Variante bezieht der Regierungsrat positiv Stellung und unterstützt die Haltung des Stadtrates ausdrücklich. Auch zeigt er sich bereit, für Matzingen eine Verbesserung zu prüfen und weist darauf hin, dass im kommunalen Richtplan bereits Massnahmen angedacht sind.

Die Entlastungsstrasse ist nun im Entwurf des Verkehrsrichtplans eingetragen. Die öffentliche Bekanntmachung dauert vom 8. Oktober bis 8. Dezember 2010. Die Bevölkerung wird eingeladen, beim Tiefbauamt der Stadt Frauenfeld die Pläne einzusehen und Stellungnahmen einzureichen. Der Stadtrat wird die Eingaben prüfen und dazu Stellung beziehen. Auch wird er einen öffentlich zugänglichen Bericht zum Richtplan Siedlung und Verkehr verfassen.

Beschreibung der Linienführung

Die vorgesehene Umfahrungstrasse ist eine Verbindung zwischen der Weststrasse (Kreisel Messenriet) und der St. Gallerstrasse (Espil). Weil das Zentrum grossräumig umfahren wird, kann das gesamte Siedlungsgebiet der Stadt entlastet und das Gewerbegebiet Walzmühle besser erschlossen werden. Die Walzmühlestrasse wird gleichzeitig für den Durchgangsverkehr gesperrt.

Durch flankierende Massnahmen (zum Beispiel Tempo 30 in der Innenstadt sowie Umgestaltung der Hauptstrassen in der Innenstadt) wird die Entlastungswirkung verstärkt und langfristig sichergestellt. Diese Massnahmen müssen in einem nächsten Schritt detailliert erarbeitet werden.



Auswirkungen der geplanten Entlastungstrasse:

- Reduktion des Verkehrs auf dem Rathausplatz und in der Vorstadt um rund 30 %.
- Keine Verkehrsverlagerung innerhalb des Stadtgebiets dank der Umsetzung von flankierenden Massnahmen.
- Neuerschliessung des Gewerbegebiets Walzmühle; für den Durchgangsverkehr wird die Walzmühlestrasse gesperrt.
- Kapazitätsreserven beim Holdertor, beim Schweizerhofkreisel und im unterirdischen Kreisel.
- Die Behinderungen des öffentlichen Verkehrs auf der Rheinstrasse, der Zürcherstrasse und der St. Gallerstrasse werden behoben, für jene auf der Zürcherstrasse Ost werden Optionen offen gelassen.
- Die Rahmenbedingungen für den Fuss- und Radverkehr werden durch die Aufwertung der Innenstadt und die Temporeduktionen verbessert.
- Die Eingriffe ins Orts- und Landschaftsbild können verträglich gestaltet werden.
- Aufgrund eines beschränkten Mehrverkehrs für Matzingen sind dort Massnahmen zu ergreifen.
- In einer groben Schätzung wird mit Investitionskosten von rund 200 Mio. Franken gerechnet. Der Kostenteiler zwischen Bund, Kanton und Stadt kann noch nicht angegeben werden und wird zum gegebenen Zeitpunkt verhandelt.
- Bei einem optimalen Verlauf wird mit einem Realisierungszeitraum von 10 bis 20 Jahren gerechnet.